



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksversammlung Altona

A U S Z U G

aus der Niederschrift über die
VIDEO-/TELEFONKONFERENZ (im Livestream) der Sitzung des
Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Verbraucherschutz vom
14.06.2021

Öffentlich

zu 3. Bericht der Abteilung Veterinärwesen

Frau Dr. Bertram (Abteilungsleiterin Veterinärwesen) berichtet anhand der vorab eingereichten Fragen der Fraktion GRÜNE und erläutert auch auf Nachfragen Folgendes:

- Der Ausbruch der Geflügelpest im Oktober 2020 sei in ganz Deutschland noch stärker gewesen als 2016. Es handele sich um eine virale Erkrankung übertragen durch den Erreger H5N1, die 2021 erstmalig in Russland auch bei einem Menschen nachgewiesen worden sei. Grundsätzlich seien von der Geflügelpest vor allem aasfressende Vögel befallen. In Hamburg sei im Oktober 2020 eine Hotline zur Meldung von Verdachtsfällen eingerichtet worden. Gemeldete Tiere seien dann eingesammelt und im Hamburger Institut für Hygiene und Umwelt untersucht worden. 2020 sei aufgrund der hohen Ansteckungsgefahr die Aufstallung angeordnet worden. Diese Anordnung habe nun im Mai 2021 aufgrund der eingegrenzten Gefahr aufgehoben werden können.
- Zirkusse seien nach dem Tierschutzgesetz verpflichtet, sich bei dem Veterinäramt des Aufenthaltsortes zu melden. Dieses könne den Betrieb dann überprüfen. Das Veterinäramt habe außerdem Zugriff auf ein deutschlandweites Zirkusregister. In der jüngeren Vergangenheit hätten allerdings keine Zirkusse mit Wildtieren in Altona Station gemacht. Außerdem handele es sich bei Zirkussen um erlaubnispflichtige Betriebe, die eine Genehmigung des Veterinäramtes ihres Heimatortes benötigten. Altona sei derzeit für keinen Zirkus ein Heimatort.
- Zum illegalen Handel mit Wildtieren habe das Veterinäramt keine konkrete Erkenntnislage. Aktuell gebe es jedoch eine große Kampagne zu illegalem Welpenhandel, der in der Corona-Pandemie noch zugenommen habe. Bei Verdachtsfällen arbeite das Veterinäramt eng mit der Polizei sowie der Behörde für Umwelt, Klima, Energie und Agrarwirtschaft zusammen.
- Die Haltung gefährlicher Tiere regule in Hamburg das Gefahrtiergesetz. Hierzu gebe es in Altona sehr wenige Fälle.
- Die artgerechte Haltung von Haustieren werde bei Verdacht kontrolliert. Es gebe mehrere Einsätze pro Woche. Die Personalsituation im Veterinäramt sei allerdings prekär.
- Imker*innen würden regelmäßig kontrolliert, um eine Seuchenfreiheitsbescheinigung zu erhalten. 2021 beteiligten sich außerdem mehrere Imker*innen in Altona an einem zusätzlichen Monitoring zum Kleinen Beutenkäfer, der derzeit noch nicht in Deutschland aufgetreten sei.



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksversammlung Altona

A U S Z U G

aus der Niederschrift über die
VIDEO-/TELEFONKONFERENZ (im Livestream) der Sitzung des
Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Verbraucherschutz vom
14.06.2021

- Die landwirtschaftliche Nutztierhaltung werde in Hamburg in Zusammenarbeit mit den niedersächsischen Behörden regelmäßig kontrolliert, da Landwirt*innen Zuwendungen der Europäischen Union erhielten, die bei Verstößen gekürzt würden.
- Verschiedene Hamburger Verbände und Organisationen sprächen sich für die Kennzeichnung von Katzen aus, um das Problem von streunenden Katzen einzudämmen. Hier seien einige Fraktionen derzeit bereits in Beratungen.
- Da in einigen anderen Städten erfolgreich Taubenschläge zur Reduktion der Taubenpopulation eingesetzt würden, habe Frau Alsen eine Arbeitsgruppe in Altona zu diesem Thema eingesetzt. Tauben nützten Taubenschläge zum Brüten. So sei es möglich, die Eier gegen Gipseier auszutauschen, um die Vermehrung zu kontrollieren. Für die Errichtung eines Taubenschlages seien Mittel in Höhe von ca. 30.000 Euro nötig, die Unterhaltung belaufe sich auf ca. 1.500 bis 3.000 Euro monatlich. Im Bezirk Hamburg-Nord sei nun ein Versuchsprojekt mit zwei Taubenschlägen begonnen worden, da die Mittel für Errichtung und Unterhaltung hier hätten aufgebracht werden können. Die Erfahrungen des Bezirks würden nun abgewartet. Den bereits am Hamburger Hauptbahnhof errichteten Taubenschlag halte sie für zu klein dimensioniert. Er erziele daher nicht die erhoffte Wirkung.

Herr Sülberg schlägt vor, eine*n Vertreter*in aus dem Bezirk Hamburg-Nord in den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Verbraucherschutz einzuladen, um sich über das dortige Vorgehen zu informieren.

Herr Bernau betont, seine Fraktion spreche sich, aufgrund der hohen Kosten im Vergleich zur unsicheren Wirkung, gegen die Finanzierung von Taubenschlägen aus.

Herr Müller-Constantin merkt an, zur erfolgreichen Eindämmung des Problems seien im Kerngebiet Altona drei bis fünf Taubenschläge nötig. Diese verursachten Kosten in Höhe von ungefähr 100.000 Euro. Er halte Plakate für sinnvoller, die darauf hinwiesen, dass das Füttern von Tauben verboten sei.

Herr Harders schlägt vor, das Thema weiterhin im Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Verbraucherschutz und nicht im Ausschuss für regionale Stadtteilentwicklung und Wirtschaft zu behandeln, um eine Doppelbefassung zu vermeiden.

Frau Templin weist darauf hin, dass das Thema bereits in der erwähnten Arbeitsgruppe behandelt werde, zu deren Teilnahme alle Fraktionen eingeladen seien.

Frau Dr. Steffens betont, der Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Verbraucherschutz könne keine Entscheidungen für andere Ausschüsse treffen. Es sei aber möglich, nachrichtlich den Vorschlag zu unterbreiten, das Vorgehen im Bezirk Hamburg-Nord zu betrachten. Der Ausschuss für regionale Stadtteilentwicklung und Wirtschaft befasse sich



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksversammlung Altona

A U S Z U G

aus der Niederschrift über die
VIDEO-/TELEFONKONFERENZ (im Livestream) der Sitzung des
Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Verbraucherschutz vom
14.06.2021

bereits seit mehreren Jahren mit dem Thema. Sie spreche sich dafür aus, es weiter dort zu behandeln.

Der Ausschuss spricht sich einvernehmlich für das von Frau Dr. Steffens vorgeschlagene Verfahren aus.